

PRESSEMITTEILUNG

Notruf der deutschen Reha-/Vorsorgeeinrichtungen: Existenzkrise gefährdet die Versorgungssicherheit

Berlin, 20.06.2022 – Vielen deutschen Reha-/Vorsorgeeinrichtungen droht das wirtschaftliche Aus. Obwohl sie durch die Corona-Pandemie und massive Kostensteigerungen in wirtschaftliche Schieflage geraten sind, sollen die noch bestehenden Hilfen am 30.06.2022 enden. Erste Kliniken mussten bereits Insolvenz anmelden und tausende Beschäftigte könnten bald ihren Arbeitsplatz verlieren. Die in der AGMedReha zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Reha-Leistungserbringer haben deshalb in einem Schreiben an die Gesundheits- und Sozialpolitiker in Bund und Ländern gefordert, bestehende Hilfen per Rechtsverordnung zu verlängern und einen Inflationsausgleich für Reha und Vorsorge gesetzlich festzulegen.

Ohne sofortiges politisches Handeln könnten unverzichtbare Reha- und Vorsorgeleistungen wegbrechen und die Gesundheit behandlungsbedürftiger Menschen wäre gefährdet. Für die erforderlichen Hilfen sind keine zusätzlichen Haushaltsmittel des Bundes und der Länder erforderlich und es entstehen keine zusätzlichen Belastungen bei den Kostenträgern (Gesetzliche Krankenkassen sowie Renten- und Unfallversicherung). Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) hat in den Jahren 2020 und 2021 für Reha und Vorsorge rund eine Milliarde weniger ausgegeben als im Jahr 2019, die Deutsche Rentenversicherung (DRV) schätzungsweise 500 Mio. Euro weniger. Wenn jetzt wenigstens ein Teil dieser Einsparungen zur Existenzsicherung der Kliniken verwendet wird, entsteht also keine Mehrbelastung.



Das an die Politik gerichtete Schreiben der AGMedReha ist dieser Pressemitteilung beigelegt. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an

Geschäftsstelle AGMedReha
Antonia Walch
Friedrichstr. 60, 10117 Berlin
Telefon 030/2400899-0

In der Arbeitsgemeinschaft Medizinische Rehabilitation SGB IX (AG MedReha) sind die maßgeblichen Spitzenverbände der Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation zusammengeschlossen: Der Bundesverband ambulanter medizinischer Rehabilitationszentren e.V. (BamR), der Bundesverband Deutscher Privatkliniken e.V. (BDPK), der Bundesverband Geriatrie e.V. (BV Geriatrie), der Bundesverband Suchthilfe e. V. (bus.), das Bündnis Kinder- und Jugendreha e.V. (BKJR), die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Rehabilitation e.V. (DEGEMED) sowie der Fachverband Sucht+ e.V. (FVS). Die AG MedReha vertritt in Deutschland somit rund 800 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen mit ca. 80.000 Behandlungsplätzen.